

Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung

Kern, Alejandra; Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kern, A., & Nolte, D. (2001). *Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung*. (Brennpunkt Lateinamerika, 3). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443761>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 3

15. Februar 2001

ISSN 1437-6148

Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung

Alejandra Kern/Detlef Nolte

In den vergangenen Wochen hat die kollektive Befindlichkeit der Argentinier zwischen der rückwärts gewandten Traurigkeit und Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung mit Blick auf die Zukunft geschwankt. Seit August 1998 lähmt eine wirtschaftliche Rezession das Land. Dies führt dazu, dass trotz wirtschaftlicher Erfolge zu Beginn der 90er Jahre die Gesamtbilanz für die Dekade ambivalent ausfällt. Weite Sektoren der argentinischen Gesellschaft waren vom sozialen Abstieg betroffen. Die Hoffnungen, die mit der neuen Regierung de la Rúa nach zehn Jahren Menemismus verknüpft wurden, haben sich im wirtschaftlichen und sozialen Bereich im ersten Amtsjahr nicht erfüllt. Nur durch ein vom IWF geschnürtes Unterstützungspaket in Höhe von fast 40 Mrd. US-\$ konnte zum Jahresende 2000 die Zahlungsfähigkeit der Regierung für das kommende Jahr gesichert werden. Und auch die politisch-moralische Erneuerung, die de la Rúa nach seinem Amtsantritt im Dezember 1999 versprochen hatte, ist weitgehend ausgeblieben. Ein Korruptionsskandal im Senat, an dem Teile der Regierung aktiv beteiligt waren, drohte zeitweilig, die Regierungskoalition zu sprengen, und führte zum Rücktritt des Vizepräsidenten. Zu Beginn des Jahres 2001 zeigen sich zwar Anzeichen wirtschaftlicher Wiederbelebung, und das Stimmungstief vom November vergangenen Jahres scheint überwunden zu sein. Zumindest für das laufende Jahr ist wirtschaftlich ein vorsichtiger Optimismus – bei allerdings mäßigen Wachstumsprognosen – gerechtfertigt. Neben der einmaligen Finanzspritze durch den IWF und andere Finanzorganisationen sind es vor allem günstige Entwicklungen im internationalen Umfeld, die diesen Optimismus begründen. Auf mittlere Sicht regiert dann wieder das Prinzip Hoffnung – oder die Melancholie des Tango.

2000:

Eine negative Wirtschaftsbilanz am Ende der „Dekade der verpassten Gelegenheiten“

Im Oktober 1999 hatten die Argentinier nach zehn Jahren peronistischer Regierung in der neo-liberalen Spielart des „Menemismus“ für den Wandel gestimmt (vgl. Brennpunkt Lateinameri-

ka 20-1999). Die Allianz aus *Unión Cívica Radical* (UCR) und *Frente para un País Solidario* (FREPASO) war angetreten, die vernachlässigten sozialen Aspekte einer wirtschaftspolitischen Strategie zu verbessern, mit dem eine nach außen offene, stabile und konkurrenzfähige Volkswirtschaft geschaffen werden sollte, die sich aller-

dings bei Amtsantritt der neuen Regierung in einer Rezession befand.

Nach der Übernahme der Amtsgeschäfte im Dezember 1999 hatte Wirtschaftsminister Machinea noch optimistisch ein Wirtschaftswachstum von 4,5% für das Jahr 2000 prognostiziert. Trotz dieser vollmundigen Ankündigung konnte die seit August 1998 andauernde Rezession nicht beendet werden. Nach Angaben des argentinischen Einzelhandelsverbandes ging der Umsatz im Weihnachtsgeschäft 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 22% zurück, nachdem er bereits 1999 um 12% niedriger als 1998 ausgefallen war (<http://www.CNNenESpanol.com/2000/latin> vom 25.12.2000). Am Jahresende war das BIP um 0,2% geschrumpft. Nach Berechnungen der Neuen Zürcher Zeitung (vom 28.12.2000) ist das BIP pro Kopf der Bevölkerung seit Beginn der Rezession im August 1998 um schätzungsweise 8% gefallen und dürfte damit Ende 2000 wieder das Niveau von 1994 erreichen.

Neben externen Faktoren, wie der Euro-Schwäche oder den Nachwirkungen der brasilianischen Abwertung vom Januar 1999 auf den Handelsaustausch im MERCOSUR (mit einem Rückgang von ca. 30% im Jahr 1999), und den von der Vorgängerregierung hinterlassenen Haushaltsproblemen waren es auch handwerkliche Fehler, die zur negativen Wirtschaftsbilanz im ersten Amtsjahr von de la Rúa geführt haben. Durch Steuererhöhungen, die vor allem die mittleren Einkommensgruppen trafen, gleich zu Beginn der Amtszeit im Januar und massiven Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor von 12 bis 15% im Mai 2000 wurde der sich abzeichnende

konjunkturelle Aufschwung abgewürgt. Die in der Folge zurückgehenden Steuereinnahmen (bei den Verbrauchsteuern) haben das Haushaltsdefizit erneut anwachsen lassen. Gegenüber den Währungsschwankungen wichtiger Wirtschaftspartner erwies sich einmal mehr die Dollarparität als ökonomische Zwangsjacke, worauf zuletzt die „Washington Post“ in einem Leitartikel am 15. Januar („At the Mercy of the Dollar“) hingewiesen hatte (<http://www.washingtonpost.com>). Und es zeichnet sich kein Weg ab, das Wechselkursystem zu verändern, ohne die damit verbundene Geldwertstabilität in Frage zu stellen; zumal sich die große Mehrheit der Argentinier für die Beibehaltung der Dollarparität ausspricht.

Aufgrund der lang andauernden Rezession seit 1998 wird die wirtschaftliche Bilanz der 90er Jahre für Argentinien von vielen Beobachtern zunehmend kritischer bewertet. Trotz umfassender wirtschaftlicher Transformationen zu Beginn der 90er Jahre und nachfolgender kräftiger Wachstumsimpulse verschlechterten sich die sozialen Indikatoren, die Zeitung „Clarín“ (Suplemento Zona, 4.2.2001) spricht vom Paradox eines Steigfluges mit Rückwärtsgang. Nur die Jahre 1991 bis 1993 und dann noch einmal 1996/1997 zeigten ein wirklich starkes Wachstum, das aber zu einem Teil nur den Einbruch der vorausgegangenen Jahre (1988-90; 1995) kompensierte. Insgesamt lag das Wachstum des BIP pro Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1991-2000 bei 2,9%, nimmt man die Jahre 1993-2000, so war es allerdings nur noch 1% (Clarín Suplemento Zona, 4.2.2001).

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000*	1991-2000
BIP	10,6	9,6	5,7	5,8	-2,8	5,5	8,1	3,9	-3,4	0,0	4,2
BIP/Kopf	9,1	8,1	4,3	4,5	-4,1	4,2	6,7	2,5	-4,6	-1,2	2,9

vorläufige Schätzung

Quelle: CEPAL (<http://www.eclac.cl>)

Die hohe Auslandsverschuldung, ein wachsendes Haushaltsdefizit – nachdem die leichten Zusatzeinnahmen aus den Privatisierungen (von insgesamt 30 Mrd. US-\$) schon lange versiegt sind und die Mehrzahl der Provinzen viel mehr ausgibt als sie einnimmt – belasten die Wirtschaft. Die Einkommensschere klappt immer weiter auseinander. Während 1991 die reichsten 10% der Bevölkerung 15 mal so viel wie die ärmsten 10% verdienten, waren es im Jahr 2000 26 mal so viel. Als ungeteilt positives Erbe der 90er Jahre gilt

allein die Geldwertstabilität, die aus einem Hochinflationsland ein Land extrem niedriger Inflationsraten gemacht hat. Hat Argentinien sein Wachstumspotential ausgeschöpft? Auf die Frage „Die 80er Jahre waren die verlorene Dekade. Was waren die 90er?“ antwortete Pablo Gerchunoff, der Chef des Beraterstabes des aktuellen Wirtschaftsministers: „Verankert in der Stabilität, waren sie die der verpassten Gelegenheiten“ (Clarín, 4.2.2001 Suplemento Zona).

Ausgaben wie in Europa, Steuereinnahmen wie in Haiti

Noch kritischer hatte sich der langjährige Leiter der Abteilung für Steuerfragen des IWF, der Argentinier Vito Tanzi, Mitte Dezember in einem Interview zu Argentinien geäußert und auf eines der zentralen Probleme des Landes hingewiesen: „In Argentinien wird die Schuld immer der Steuerhinterziehung zugewiesen, und die Steuerhinterziehung ist sicherlich ein Problem, aber nicht das einzige. In Argentinien war es eine Zeitlang so, dass man vier mal so viel wie der Durchschnitt verdienen musste, um von der Einkommensteuer erfasst zu werden. Es sind die Gesetze, die ungerecht sind. Argentinien ist Europa näher als Haiti, aber nicht in Steuerfragen. Auf der Ausgabenseite will es wie Europa sein, und auf der Seite der Steuern wie Haiti.“ Er verweist darauf, dass die Verbrauchsteuern in Argentinien (als Anteil am BIP) mittlerweile ein Europa vergleichbares Niveau erreicht hätten. Bei den Verbrauchsteuern gäbe es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit auch keinen Spielraum nach oben mehr. Demgegenüber zahlten viele Wohlhabende überhaupt keine Steuern. Während die Einkommensteuer in den USA einen Anteil von 14% am BIP erreicht, liegt der Anteil vergleichbarer Steuern in Argentinien gerade bei 4%. Deshalb lautet die Folgerung von Tanzi: „Die Lösung muss von der Seite der Einkommensteuern kommen“ (La Nación, 17.12.2000).

Nach einer Studie von FIEL liegen die Steuerhinterziehungen im Bereich der Einkommenssteuern bei 50%, bei der Mehrwertsteuer bei 30%. Ca. 50% der Arbeitnehmer arbeiten schwarz. D.h., bereits mit einer besseren Steuermoral und stärkeren Einbeziehung der Schattenwirtschaft würde das chronische Haushaltsdefizit der argentinischen Regierung verschwinden (La Nación, 7.1.2001).

Sozialer Abstieg und soziale Desintegration

Obgleich Argentinien immer noch das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Lateinamerika aufweist, waren die 90er Jahre für viele Argentinier eine Dekade sozialen Abstiegs. Der Prozess sozialer Verelendung, der breite Bevölkerungsschichten unter Präsident Menem erfasst hatte, konnte trotz anderslautender Wahlversprechen der Nachfolgeregierung nicht umgekehrt werden. Nach Daten des Statistischen Amtes (INDEC)¹ stieg der An-

¹ Die Daten des INDEC sind abgedruckt in „Clarín“ vom 25.1.2001; 3.2.2001 (<http://www.clarin.com>); „Página 12“ vom 3.2.2001 (<http://www.pagina12.com.ar>).

teil der Armen an der Bevölkerung im Großraum Buenos Aires zwischen Oktober 1999 und Oktober 2000 von 26,7% auf **28,9%** (Mai 2000 29,7%), 7,7% (Okt. 1999 6,7%) der Bevölkerung lebten in extremer Armut. Für ganz Argentinien gehen Schätzungen von **40% Armen** aus.

Besonders hart betroffen sind **Kinder und Jugendliche**. Im Großraum Buenos Aires leben 40% der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren in Armut, in einigen Randgebieten des Conurbano sogar über 50%. 400.000 Jugendliche und junge Erwachsene, d.h. jeder Fünfte, im Alter zwischen 15 und 24 Jahren im Großraum Buenos Aires gehen weder zur Schule noch arbeiten sie. 34% der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, die Arbeit suchten, waren arbeitslos. In einer Umfrage des *Centro de Estudios para la Nueva Mayoría* hatten in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre 52% Angst ohne Arbeit zu bleiben (La Nación, 26.12.2000).

Insgesamt ist die **Arbeitslosenquote** im ersten Amtsjahr von de la Rúa von 13,8% im Oktober 1999 auf 14,7% im Oktober 2000 gestiegen, bei einem leichten Rückgang im Vergleich zum Mai 2000 (15,4%). Insgesamt gab es im Oktober 2000 in Argentinien 2,1 Mio. Arbeitslose. Auch die Zahl Unterbeschäftigter ist im ersten Amtsjahr von de la Rúa angestiegen: von 14,3% im Oktober 1999 auf 14,7% im Oktober 2000. Nach einer Meinungsumfrage im Großraum Buenos Aires im gleichen Monat hatten vier von zehn Befragten jemanden in ihrer Familien, der arbeitslos war. Dies galt sowohl für Familien in den unteren als auch in den mittleren Einkommensschichten. Jeder zweite Befragte hatte Angst, seine Arbeit zu verlieren. Diese Angst um den Arbeitsplatz war in den mittleren und höheren Einkommensschichten noch stärker als in den unteren ausgeprägt (Centro de Estudios para la Nueva Mayoría, <http://www.nuevamayoria.com>).

Die schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben dazu geführt, dass immer mehr Argentinier – vor allem junge Erwachsene mit einem guten Ausbildungsniveau – erwägen, zumindest für einige Zeit im Ausland zu arbeiten. Im ersten Halbjahr 2000 wurden 30% mehr Einwanderungsanträge bei ausländischen Konsulaten gestellt (La Tercera, 16.10.2000). Und auch die Anträge auf die spanische Staatsangehörigkeit von Argentinern spanischer Herkunft haben beim zuständigen Generalkonsulat im ersten Halbjahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 30% zugenommen (Clarín, 14.7.2000). Nach einer Studie des *Centro de Estudios para la Nueva Mayoría* erklärten 40% der Jugendlichen mit

abgeschlossenem Hochschulstudium das Land verlassen zu wollen (La Nación, 26.12.2000), nach einer Internetumfrage sogar 76% (La Nación, 11.12.2000). In einer anderen Umfrage (Graciela Römer y Asoc.) im Großraum Buenos Aires konnten sich im November 2000 43% der Befragten vorstellen, das Land zu verlassen, wenn sie die Möglichkeit hätten. 46% zogen es vor, dass ihre Kinder Argentinien verlassen (Página 12, 10.12.2000).

Auch für 2001 sehen die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt nicht günstig aus. Befragungen von privaten Consulting-Unternehmen (Hay Group Argentina, IDELAS/UCES) bei Personalchefs verweisen auf eine geringe Bereitschaft, neues Personal einzustellen. Und auch in den regelmäßigen Unternehmensbefragungen des Statistischen Amtes (INDEC) erklärten mehr als 70% der Unternehmen, dass sie für das Jahr 2001 keinerlei Personalveränderungen oder höhere Stundenzahlen für ihre Beschäftigten planten (La Nación, 26.12.2000).

Die hohe Arbeitslosigkeit hat in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einem Rückgang der **Arbeitskonflikte** geführt. Allerdings war 2000 mit 238 Arbeitskonflikten ein leichter Anstieg gegenüber 1999 (209) und 1998 (165) zu verzeichnen (Daten bei <http://www.nuevamayoria.com>). Die Gewerkschaften haben außerdem im ersten Amtsjahr von de la Rúa zu insgesamt vier Generalstreiks (von 24 bis 36 Stunden) aufgerufen (im Februar, Mai, September und November). Dies waren mehr als bei Alfonsín und Menem im ersten Amtsjahr. Allerdings stießen nur die beiden letzten **Generalstreiks** – gegen die Reform der Krankenversicherung und die wirtschaftliche Anpassungspolitik der Regierung – auf größere Resonanz (Daten bei <http://www.nuevamayoria.com>). Das wahre Ausmaß der Unterstützung der Streiks lässt sich nur schwer einschätzen. Meinungsumfragen dokumentieren eine mehrheitliche Ablehnung in der Bevölkerung. Die Bestreikung des öffentlichen Nahverkehrs erhöht jedoch zwangsläufig die Abwesenheitsquote in den Unternehmen..

Das soziale Protestpotential – und dessen mögliche Ausschöpfung durch politische Entrepreneurs - sollte jedoch nicht unterschätzt werden. So nahmen beispielsweise Ende Mai rund 40.000 Personen an einer Kundgebung gegen den IWF und die Sparpolitik der Regierung teil. Die Kundgebung führte Gewerkschafter, Studentenverbände, Menschenrechtsorganisationen und Politiker des gesamten politischen Spektrums – sowohl aus dem Regierungs- als auch aus dem

Oppositionslager – zusammen. Darunter der ehemalige Putschist Aldo Rico und der ehemalige Innenminister von Menem, Gustavo Beliz.

Nach einer Unternehmerbefragung (Hay Group Argentina; zitiert in La Nación, 26.12.2000) wird für 2001 mit einem weiteren Anstieg der Arbeitskonflikte gerechnet: Demnach erwarten 55% der Direktoren der Personalabteilung argentinischer Unternehmen für 2001 eine Zunahme der Arbeitskonflikte und 39% das gleiche Niveau. Das Ausmaß der Arbeitskonflikte wird aber weiterhin weit unter dem Niveau der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre bleiben.

Demgegenüber hat in den vergangenen Jahren eine neue Form des sozialen Protestes an Bedeutung gewonnen, die **Straßenblockaden**. Waren es 1997 140 und 1998 51 Straßenblockaden, so stieg deren Zahl 1999 auf 252 und 2000 auf 514 an, d.h. auf mehr als eine Straßenblockade pro Tag (<http://www.nuevamayoria.com>). Nach den Folgerungen einer Studie des *Centro de Estudios para la Nueva Mayoría* liegt die Hauptmotivation für diese Form des sozialen Protests, die vor allem im Landesinneren weit verbreitet ist, im Mangel an Arbeitsmöglichkeiten. Über Straßenblockaden können vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene, die von den Gewerkschaften nicht repräsentiert werden oder sich von diesen nicht vertreten sehen, ihrem Unmut Ausdruck geben. Häufig kam es im Zusammenhang mit den Straßenblockaden zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Konflikt weiter anheizten.

Für die Mehrzahl derjenigen, die über einen Arbeitsplatz verfügen, haben sich **Arbeitsverhältnisse** stetig verschlechtert. So stieg der Anteil der im **informellen Sektor** Beschäftigten im Großraum Buenos Aires nach Angaben des INDEC zwischen 1994 und Oktober 2000 von 29% auf 38%. 30% (1994: 13%) der Beschäftigten arbeiten weniger als 30 Stunden, 12,1% (1994: 10,6%) mehr als 62 Stunden (Clarín 26.1.2001). Nach Berechnungen des Wirtschaftsministeriums gingen die Reallöhne im informellen Sektor zwischen Oktober 1999 und Mai 2000 um 11,8% zurück, im formalen Sektor nur um 5,6%. Seit Mai 1994 summiert sich der Rückgang im informellen Sektor sogar auf 25% (Página 12 23.1.2001).

Der wachsende informelle Sektor wird langfristig die **sozialen Sicherungssysteme** bzw. den Staatshaushalt belasten. Nach Statistiken der nationalen Aufsichtsbehörde für die Sozialversicherung (ANSES) zahlen 8,9 von 15,3 Mio. Arbeitnehmern keine Beiträge zur Sozialversiche-

rungen, d.h. mit oder ohne Privatisierung der Altersversorgung wird das Rentenproblem auf die Zukunft vertagt, im Zweifelsfall werden die Betroffenen auf eine staatliche Mindestrente angewiesen sein (Página 12 Suplemento Cash, 7.1.2001)

Im Jahr 2000 gingen die **Einkommen** insgesamt zurück, im Durchschnitt um ca. 1%. Seit Beginn der Rezession im Jahr 1998 ist bei den Arbeitnehmern im Großraum Buenos Aires ein Rückgang um rund. 10% bis Oktober 2000 zu verzeichnen, das monatliche Durchschnittseinkommen fiel auf 672 US-\$, 55% der Beschäftigten verdienen allerdings weniger als 500 Pesos, nur 13,6% mehr als 1000 Pesos (Clarín, 23.1.2001; 26.1.2001) Aber auch das wirtschaftliche Führungspersonal war von finanziellen Abstrichen betroffen. Nach einer Erhebung der *Hay Group* mussten vier von zehn Führungskräften im Jahr 2000 Einkommenseinbußen hinnehmen, dies gilt vor allem bei ertragsabhängigen Arbeitsverträgen (La Nación, 26.12.2000).

Der **soziale Abstieg** hat breite Bevölkerungsegmente erfasst, gerade auch die **Mittelschichten**. Nach einer Umfrage von Graciela Römer & Asoc. in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires, die im Januar 2001 veröffentlicht wurde (La Nación, 25.1.2001), konnten gerade 9% der Befragten im vergangenen Jahr sparen. 74% haben ihre Ausgaben für Vergnügungen reduziert, 69% auf die Ferien verzichtet, 68% den Konsum auf billigere Produkte umgestellt² und 58% auf den Kauf von Haushaltsgeräten verzichtet. 56% hatten Schwierigkeiten, die Rechnungen für Strom, Wasser und Telefon zu bezahlen. Jede zweite Familie hat auf Dienstpersonal verzichtet, zwei von drei Befragten keine Taxis mehr benutzt und jede fünfte Familie wechselte ihre Kinder von Privatschulen auf öffentliche Schulen.

Als Folge der sozialen Krise mehren sich in Argentinien die Anzeichen sozialer Desintegration bis hin zu **sozialer Anomie**. Dies zeigt sich beispielsweise an der Entwicklung der **Selbstmordrate**. So war in der Provinz Buenos Aires im Jahr 2000 mit 1050 Selbstmorden (Projektion basierend auf 713 Selbstmorden bis Oktober

2000) eine Steigerung um 50% gegenüber dem Vorjahr (671) zu verzeichnen. Im Vergleich dazu kamen im gleichen Zeitraum nur 410 Personen durch Gewaltakte wie Mord ums Leben (Página 12, 26.12.2000); obgleich sich auch die **Mordrate** als Folge der sich verschlechternden sozialen Lage erhöht hat. Ende der 90er Jahre wurden in der Hauptstadt Buenos Aires drei bis fünf mal so viele Morde begangen wie zu Anfang der Dekade. Die Mordrate pro 100.000 Einwohner stieg von drei bis vier Morden auf sieben bis acht Morde, in einigen Stadtgebieten sogar bis 14 Morde. Dies sind zwar wesentlich höhere Werte als in europäischen Großstädten, sie liegen aber immer noch deutlich niedriger als in lateinamerikanischen Problemstädten wie São Paulo (67 Morde pro 100.000) oder Caracas (70 Morde pro 100.000) (La Nación, 22.12.2000).

Beides, soziale Apathie und sozialer Protest, haben das erste Regierungsjahr von de la Rúa gekennzeichnet. Auch 2001 werden beide Verhaltensweisen nebeneinander oder auch als Sequenz in der argentinischen Gesellschaft auftreten. Die soziale Not und die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt erschweren kontinuierliche kollektive Aktivitäten, schließen aber kurzfristige oder lokal begrenzte soziale Proteste nicht aus; zumal die wirtschaftliche und soziale Krise von einer politischen Krise überlagert wird. Und die im Oktober anstehenden Wahlen erleichtern die politische Artikulation sozialen Protests.

Krise der politischen Institutionen

Neben der wirtschaftlichen bzw. sozialen Krise durchläuft Argentinien auch eine politische Krise. Die Regierungszeit von Carlos Menem (1989-1999) war von einer Konzentration politischer Entscheidungsmacht in der Exekutive, der Schwächung von Institutionen der Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle gekennzeichnet (siehe Brennpunkt Lateinamerika 20-1999), die sich u.a. im Justizbereich manifestierte. In der Bevölkerung entstand der Eindruck weitreichender Korruption und Straflosigkeit. Bei vergleichenden Untersuchungen über das Ausmaß der Korruption – wie etwa bei *Transparency International* (siehe <http://www.gwdg.de/~uwwv/icr.htm>) – lag Argentinien in den 90er Jahren gewöhnlich im hinteren Feld der Länder mit weit verbreiteter Korruption; zuletzt beim Index für 2000 auf Rang 52 von 90 Ländern. Und nach dem Freiheitsindex von Freedom House (siehe <http://www.freedomhouse.org>) war in Argenti-

² Für 2000 war nach der Marktforschungsfirma AC Nielsen (siehe Clarín, 23.1.2001) ein Rückgang der Lebensmittelpreise um ca. 6,6% von Januar bis November als Reaktion auf den zurückgehenden Konsum und den Wechsel zu billigeren Marken zu verzeichnen. Auch andere Marktforschungsfirmen wie CCR oder Home Research berichten über einen Rückgang des Konsums – vor allem bei hochwertigeren Konsumartikeln – und eine Veränderung des Konsumverhaltens hin zu billigeren Produkten (siehe Clarín, 6.2.2001).

nien in den 90er Jahren eine qualitative Verschlechterung der Demokratie zu verzeichnen.

In den vergangenen Wochen sind vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats erneut Tatbestände bekannt geworden, die auf die Wäsche von Drogen- und Bestechungsgeldern im großen Ausmaß – die Rede ist von 9 Mrd. US-\$ – während der Menem-Ära durch argentinische Banken, die sich anscheinend politischer Protektion erfreuten, bekannt geworden.

Der Kampf gegen die Korruption und die politische Frivolität der Menem-Ära gehörte zu den Versprechen, die sich die Allianz im Wahlkampf 1999 auf ihr Banner geschrieben hatte. Um so ernüchternder fällt die Bilanz aus – auch wenn sich die Werte Argentiniens auf dem Freiheitsindex von Freedom House in der Ausgabe 2000/2001 deutlich verbessert haben.

Auslöser des bisher größten Korruptionsskandals der neuen Regierung war die Reform des Arbeitsrechts, die von internationalen Finanzorganisationen immer wieder eingefordert worden war. Das entsprechende Gesetz war im Mai nach viermonatigen parlamentarischen Beratungen – zuletzt gegen die Stimmen der peronistischen Abgeordneten, aber mit der Zustimmung einer Mehrheit der peronistischen Senatoren – verabschiedet worden. Das Gesetz schwächt die Verhandlungsmacht der nationalen Gewerkschaftsorganisationen zugunsten von Tarifverträgen auf regionaler oder betrieblicher Ebene und verlängert die Probezeit für neu eingestellte Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen bei den Sozialbeiträgen. Mit dem Gesetz sollte die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigt werden.

Im Juli wurden aus den Reihen der Senatoren Vorwürfe laut, die Abstimmung über die Arbeitsreform am 12. Mai sei mit ca. 50.000 US\$ pro bestochendem Senator „gekauft“ worden. In Verdacht gerieten zunächst 20 Senatoren, einige traten zurück – darunter auch die beiden peronistischen Senatoren, die den Bestechungsvorwurf erhoben hatten. Bei acht Senatoren forderte ein Untersuchungsrichter die Aufhebung der Immunität. Es verdichteten sich die Gerüchte, dass Vertreter der Regierung, wie der Arbeitsminister und der Chef des Nachrichtendienstes in den Skandal verwickelt waren. Beide mussten letztendlich zurücktreten. Bis es soweit war, entwickelte sich eine Krise in der Regierungskoalition, die diese zu spalten drohte und zum Rücktritt des Vizepräsidenten und wichtigsten Repräsentanten des kleineren Koalitionspartners FREPASO, Chacho Alvarez, im Oktober führte.

In der Folge des Bestechungsskandals und sich verschlechternder wirtschaftlicher Kennzahlen kam es in der zweiten Jahreshälfte zu mehreren Kabinettsumbildungen, mit denen einerseits dem Skandal Tribut gezollt wurde und andererseits die Regierung schlagkräftiger gemacht werden sollte.

Bereits Ende September (23.9.) war Bildungsminister Juan Llach zurückgetreten, der seinen Schritt mit den zu geringen Finanzmitteln für seinen Geschäftsbereich und das sich darin – nach seiner Meinung – ausdrückende Desinteresse für Bildungsfragen begründete. Untersuchungen zum Bildungswesen hatten große Defizite offenbart, was das durchschnittliche Ausbildungsniveau (Schulabschlüsse) und die Qualität der Ausbildung im internationalen Vergleich betrifft. Hieraus können sich mittelfristig Wettbewerbsnachteile für die argentinische Wirtschaft ergeben.

Anfang Oktober (5.10.) kündigte Präsident de la Rúa dann eine umfassende Kabinettsumbildung an, die er als „Wiederankurbelung“ der Regierung vermarktete und vom Bestechungsskandal im Senat zu trennen trachtete. Deshalb wurden auch zwei besonders belastete Regierungsmitglieder, wie der Chef des Nachrichtendienstes (SIDE), Fernando de Santibañes, und Arbeitsminister Alberto Flamarique in ihrem Amt bestätigt bzw. auf einen anderen Ministerposten gesetzt. Bei den Neuernennungen setzte de la Rúa auf Durchsetzungsfähigkeit und persönliche Loyalität. Arbeitsministerin wurde Patricia Bullrich, Kabinettschef der ehemalige Direktor des Banco Nación, Christian Colombo, Justizminister der Bruder des Präsidenten, Jorge de la Rúa. Das Bauministerium wurde aufgelöst und seine Aufgaben wurden dem Wirtschaftsministerium zugeteilt, wodurch die Position von Wirtschaftsminister Machinea weiter gestärkt wurde. Die neuen Minister gehörten alle der UCR an, auf der Ebene der Staatssekretäre wurde allerdings auch der kleinere Koalitionspartner FREPASO bedacht.

Durch die Art und Weise, in der Präsident de la Rúa die Kabinettsumbildung vornahm – ohne seinen Vize-Präsidenten zu konsultieren und mit der Bestätigung der durch den Korruptionsskandal belasteten Minister –, wollte er seine Autorität und das Vertrauen seiner Mitarbeiter stärken. Im Ergebnis beschwor er eine Regierungskrise herauf, und in der Öffentlichkeit, die ein klares Zeichen im Kampf gegen die Korruption erwartet hatte, wuchs einmal mehr die Enttäuschung über die Regierungspolitik. Mit dem Rücktritt von

Vize-Präsident Chacho Alvarez einen Tag nach der Kabinettsumbildung verschärfen sich die Konflikte in der Regierungskoalition. Ex-Präsident Raúl Alfonsín rückte in eine Vermittlerfunktion. Im Ergebnis musste sowohl Flamarique (6.10.) als auch Santibañes (20.10.) zurücktreten. Und die Regierungskoalition war gezwungen, ein neues institutionelles Arrangement zu finden, um Chacho Alvarez in die Verantwortung einzubinden und die Koalitionspolitik besser abzustimmen.

Mit dem Bestechungsskandal hat die Allianz ihre politische Unschuld und ein wichtiges Thema der Abgrenzung zur vorausgegangenen peronistischen Regierung verloren. Nach einer nationalen Meinungsumfrage (CEOP) vom November war der Rücktritt von Chacho Alvarez nach Meinung von 37% der Befragten, gefolgt vom damit zusammenhängenden Bestechungsskandal im Senat (13%) das bei weitem wichtigste Ereignis des Jahres 2000 (Clarín, 10.12.2000).

Vor dem Hintergrund des Korruptionsskandals kann auch nicht verwundern, dass nach einer Studie des *Centro de Estudios para la Nueva Mayoría* vom August 2000 der Kongress von allen Institutionen am negativsten bewertet wurde. Gerade einmal 6% der Befragten hatten ein positives Bild, 36% sprachen sich für die Option „mittelmäßig“ aus und 55% hatten ein negatives Bild. Nimmt man nur den Senat, so waren es nur 5% der Befragten, die sich positiv äußerten, demgegenüber 70%, die eine negative Meinung hatten (mittelmäßig 23%) (siehe <http://www.nuevamayoria.com>). Bereits vor dem Skandal war der Senat – vor allem von Vize-Präsident Chacho Alvarez – wegen der undurchsichtigen Geschäftsgebaren vieler seiner Mitglieder und seiner auswuchernden wie teuren Bürokratie kritisiert worden. Die Wahlen im Oktober 2001, bei denen einmalig über die Besetzung aller 72 Senatorensitze entschieden wird³, eröff-

³ Traditionell wurden die Senatoren für acht Jahre von den Provinzparlamenten gewählt. Nach der reformierten Verfassung von 1994 werden die Senatoren direkt und für sechs Jahre von den Bürgern gewählt. Jede Provinz entsendet drei Senatoren – zwei für die stärkste Partei, einen für die zweitstärkste Partei. Außerdem gibt es nach dem Wahlrecht eine Frauenquote. Demnach wird im nächsten Senat mindestens ein Drittel Frauen vertreten sein (zur Zeit sind es drei). Durch Übergangsklauseln werden die Regelungen der Verfassung von 1994 erst Ende 2001 voll wirksam. Zu diesem Zeitpunkt wird der gesamte Senat erneuert. Danach wird durch Los entschieden, welche Provinzen (jeweils ein Drittel) in zwei, vier oder sechs Jahren ihre Senatoren das nächste Mal wählen werden. Zukünftig wird dann zusammen mit den Parlamentsteilwahlen – die Abgeordneten werden jeweils zur Hälfte alle

nen die Möglichkeit für eine grundlegende Erneuerung – obgleich viele der in den Skandal involvierten Senatoren erneut kandidieren wollen. Positiv zu bewerten ist, dass die Krise der Institution Senat die Demokratie nicht gefährdet. Durch die Wahlen zum Senat im Oktober 2001 erhält der Wähler die Möglichkeit, seinen Unmut über die Korruption im Senat auf systemkonforme Weise auszudrücken (oder auch nicht).

Der Bestechungsskandal hat bisher zu keinen strafrechtlichen Konsequenzen geführt. Der die Ermittlung führende Richter Carlos Liporci stand selbst unter Korruptionsverdacht, gegen ihn wurde im Februar ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Die damit verbundene Notwendigkeit politischer Rücksichtnahme hat möglicherweise seinen Ermittlungseifer gedämpft. Ende Dezember stellte er das Verfahren mangels Beweisen ein. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft im Januar Widerspruch ein und forderte, gegen sieben Senatoren Anklage zu erheben. Zugleich warf die Staatsanwaltschaft der Regierung bzw. einzelnen Regierungsfunktionären vor, an der Bestechung aktiv mitgewirkt zu haben. Dies führte erneut zu einer heftigen Kontroverse zwischen der UCR und dem FREPASO um Chacho Alvarez.

Der Konflikt zwischen Chacho Alvarez und der Radikalen Partei ist auch ein Konflikt unterschiedlicher politischer Milieus. Die Radikale Partei, als wesentlich ältere Partei, war und ist stärker in das traditionelle Spiel eingebunden, bei dem zur Mehrheitsbeschaffung auch einmal auf illegale Praktiken zurückgegriffen wird. Für die in den 90er Jahren gegründete Protestpartei FREPASO ist der Kampf gegen Korruption Teil ihrer Identität, was natürlich nicht ausschließt, dass einzelne Vertreter gleichfalls dieser Versuchung unterliegen.

Das Ausscheiden von Chacho Alvarez aus der Regierung erleichtert die Artikulation sozialen und politischen Protestpotentials innerhalb der Regierungskoalition und kann im Zusammenspiel mit den Oppositionsparteien – vor allem der Peronistischen Partei, aber auch mit der Partei des ehemaligen Wirtschaftsministers Domingo Cavallo (*Acción por la República*) – Raum für Reformen schaffen. Insofern scheint die Warnung des argentinischen Politikwissenschaftlers Guillermo O'Donnell (Página 12, 15.10.2000) vor einem „langsamen Tod“ der Demokratie aufgrund einer wachsenden Entfremdung der Bürger

zwei Jahre für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt – alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren gewählt.

und Bürgerinnen von der Politik verfrüht; zumal in den Umfragen des Latinobarómetros die Zustimmungswerte zum demokratischen System in Argentinien im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern immer noch sehr hoch sind, auch wenn die Funktionsweise der Demokratie eher negativ bewertet wird (siehe <http://www.latinobarometro.c>).

Außenpolitik: keine Veränderungen

In der Außenpolitik waren unter de la Rúa keine großen Veränderungen zu verzeichnen, es überwog die Kontinuität. Dies gilt auch für das Verhältnis zu den USA, das unter Menem durch enge Abstimmung und eine große Gefolgschaftstreue in Fragen der internationalen Politik gekennzeichnet war. Die Probleme bei der Bedienung der hohen Auslandsverschuldung setzen außenpolitischen Alleingänge enge Grenzen. Die vorzeitige argentinische Ankündigung, im April in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen für eine Verurteilung Kubas stimmen zu wollen, hat im Februar 2001 zu einer heftigen Kontroverse zwischen beiden Ländern geführt. Castro hatte in einer Rede dieses Abstimmungsverhalten der argentinischen Regierung auf die Notwendigkeit zurückgeführt, sich aufgrund der finanziellen Nöte gegenüber der US-Regierung gefällig zu zeigen. Er hatte die argentinische Regierung daraufhin als „Stiefellecker“ der USA bezeichnet. In der Regierungskoalition sind über das Abstimmungsverhalten ernste Meinungsverschiedenheiten aufgebrochen.

Im Verhältnis zu den Nachbarländern wurden die Beziehungen zu Chile weiter intensiviert. Man beneidet das Nachbarland hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Erfolge, und es gibt Sektoren in der Regierung – vor allem im Wirtschaftsministerium –, die gerne dem chilenischen Vorbild folgen und Verhandlungen mit den USA über ein bilaterales Freihandelsabkommen einleiten würden. Dazu trägt sicherlich die Tatsache bei, dass der MERCOSUR in den vergangenen beiden Jahren einen Einbruch im Handelsaustausch zu verzeichnen hatte und es immer wieder Konflikte wegen brasilianischer Alleingänge gegeben hatte. Letztlich setzten sich in der argentinischen Regierung – noch? – diejenigen durch, die für eine Stärkung des MERCOSUR und eine gemeinsame Verhandlungsposition gegenüber den USA in der Frage einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) eintreten und dabei eine Führungsrolle Brasiliens akzeptieren (siehe Brennpunkt Lateinamerika. Kurzinformativ VIII, 2. Januar 2001).

Vertrauensverlust und Enttäuschung

Auch unabhängig von den Wahlversprechen, für mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Korruption einzutreten, ist bei einer nüchternen Betrachtung der wirtschaftlichen und politischen Bilanz der Regierungsarbeit nicht weiter verwunderlich, dass ein Jahr nach dem überzeugenden Wahlsieg von de la Rúa im Oktober 1999 ein massiver Vertrauensverlust zu verzeichnen war und die Unzufriedenheit über die Politik in nahezu allen Bereichen zugenommen hat. Im November 2000 erklärten in einer Meinungsumfrage (Graciela Römer & Asociados; <http://www.romer.com.ar>) im Großraum Buenos Aires 72% der Befragten, die Regierung habe den falschen Weg eingeschlagen, 81% meinten, sie habe das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Allerdings glaubten immer noch 54% (negativ 35%), dass es die Regierung wieder zurückgewinnen könne. Gerade noch 20% der Befragten waren mit der Amtsführung des Präsidenten zufrieden, 72% unzufrieden. Jeweils 62% bewerteten die Wirtschafts- und die Sozialpolitik, 65% die Maßnahmen zur Reaktivierung der Wirtschaft, 75% die Arbeitsmarktpolitik und 71% die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in der Verwaltung negativ⁴. Das Scheitern, aus der wirtschaftlichen Rezession herauszukommen, führten zwei von drei Befragten auf die Führungsschwäche des Präsidenten, die falsche Wirtschaftspolitik oder die Regierungskrise zurück, nur 9% auf externe Faktoren und 23% auf das Erbe der Vorgängerregierung. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, waren zwei von drei Befragten für die Beibehaltung der Konvertibilität im Verhältnis 1:1 zum US-\$. Das gleiche Ergebnis ergab eine Umfrage von Gallup Argentina vom November 2000 (La Nación, 10.12.2000). Im Hinblick auf die Zukunft herrscht Skepsis vor: In zwanzig Jahren erwartet die Hälfte der Befragten, dass das Land stagniert oder sich im Abstieg befindet, nur drei von zehn Befragten sehen ein modernes, integriertes, im Wachstum befindliches Land (Graciela Römer y Asoc.).

Nach einer nationalen Meinungsumfrage (CEOP) vom November, die am 10. Dezember 2000 zum Jahrestag der Regierungsübernahme durch de la Rúa veröffentlicht wurde, waren zwar vier von fünf Befragten der Meinung, dass die

⁴ Zu ähnlich negativen Ergebnissen hinsichtlich der Bewertung der Regierungspolitik, wie sie die Umfragen von Graciela Römer y Asociados und CEOP enthalten, ergibt eine Umfrage von Gallup Argentina vom November 2000 (La Nación, 10.12.2000).

Regierung Menem ein schweres Erbe hinterlassen habe. Dazu gehörte beispielsweise ein Haushaltsdefizit von fast 8 Mrd. US-\$. Zugleich meinte aber eine große Mehrheit, die aktuelle Regierung habe nichts im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (85%), in Fragen der inneren Sicherheit (78%), bei der Reaktivierung der Wirtschaft (74%) und im Kampf gegen die Korruption (61%) getan. 79% kritisierten die Steuerpolitik und 61% waren der Meinung, die Regierung kümmere sich nicht um die Probleme, „welche die Argentinier um den Schlaf bringen“ (Clarín, 10.12.2000).

Aufgrund der negativen Bewertung der Regierungspolitik verwundert auch nicht, dass nach einer anderen Umfrage (Hugo Haime & Asociados; <http://www.haime.com.ar>) vom Oktober 2000 (Großraum Buenos Aires) der Anteil der Befragten, die sich als Anhänger der Regierung bezeichneten, im Vergleich zum Januar von 57% auf 34% zurückgegangen war. Der Anteil derjenigen, die sich zur Opposition bekannten, stieg demgegenüber von 22,5% auf 43% (neutral 19%/21%). Zugleich ergab eine nationale Gallup-Umfrage vom November 2000, dass 56% der Opposition eine Obstruktionspolitik unterstellen und nur 28% eine konstruktive Politik (La Nación, 10.12.2000). Populärster Oppositionspolitiker war im November 2000 mit weitem Abstand – mit einem positiven Image bei 46% der Befragten – der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, der Peronist Carlos Ruckauf (Graciela Römer & Asociados; <http://www.romer.com.ar>). Eine andere nationale Umfrage (CEOP) vom November zeigt, dass nur noch jeder vierte Wähler von de la Rúa bei Präsidentschaftswahlen erneut für einen Kandidaten der Allianz stimmen würde, nur weniger als 5% würden allerdings zu den Peronisten wechseln. Zwei von drei ehemaligen Wählern des Kandidaten der Allianz sind unentschieden und würden gegebenenfalls eine ungültige Stimme abgeben (Clarín 10.12.2000). Ein Hauptproblem der Allianz bei den im Oktober 2001 anstehenden Wahlen wird deshalb in der Mobilisierung der eigenen Anhänger bestehen.

Ein wirtschaftlicher „Erfolg“: die „Panzerung“ (*blindaje*)

Auf einer Pressekonferenz anlässlich des Jahrestages seiner Amtsübernahme zog Präsident de la Rúa am 9. Dezember gleichwohl eine insgesamt positive Bilanz seiner Wirtschaftspolitik. Immerhin sei das Land trotz der externen und

internen wirtschaftlichen Widrigkeiten nicht untergegangen.

Ein weiterhin hohes Haushaltsdefizit (von 6,7 Mrd. US-\$ im Jahr 2000) bei gleichzeitiger Fortdauer der wirtschaftlichen Rezession, eine hohe Auslandsverschuldung in Relation zum BIP sowie steigende Zinssätze vor allem bei Neukrediten und hohe Verbindlichkeiten der argentinischen Regierung (Amortisationszahlungen und Zinsen) im Jahr 2001 beschworen im letzten Quartal 2000 das Risiko herauf, dass Argentinien möglicherweise im folgenden Jahr seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Darauf reagierten die internationalen Finanzmärkte mit einer Heraufsetzung der Risikoprämien für argentinische Schuldtitel und einer weiteren Verteuerung der Kredite. In der Folge, und dies verweist auf den Ernst der Lage, wurde unter der Federführung des IWF im Dezember – am 18.12. verkündete Präsident de la Rúa das Übereinkommen – ein finanzielles Hilfspaket für drei Jahre in Höhe von 39,7 Mrd. US-\$ geschnürt. Daran beteiligten sich neben dem IWF (13,7 Mrd. US-\$), die Weltbank (2,5 Mrd. US-\$), die IDB (2,5 Mrd. US-\$), die spanische Regierung (1 Mrd. US-\$) sowie private inländische Banken, Investment- und Rentenfonds, die sich bereit erklärten, neue Regierungsanleihen zu emittieren bzw. gegen Anleihen mit längere Laufzeit umzutauschen.

Das wirtschaftliche Hilfspaket – von der Regierung als „Panzerung“ (*blindaje*) bezeichnet – war an Auflagen im Hinblick auf das Haushaltsdefizit und die Reform der Sozial- und Krankenversicherung gekoppelt. Letztere wurde weiter liberalisiert (traditionell verwalteten die Gewerkschaften die Krankenkassen und schränkten die Wahlmöglichkeit der Arbeitnehmer ein). Zugleich sollten die staatlichen Aufwendungen für Rentenzahlungen abgesenkt werden, indem die Sozialversicherung weitgehend privatisiert, das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre heraufgesetzt und die staatliche Mindestrente verringert wurden.

Mit der „*blindaje*“ nimmt Argentinien neue Schulden auf, um im laufenden Jahr den Zahlungsverpflichtungen bei Zinsen und Tilgungen nachzukommen. Auf diese Weise und durch den Umtausch von Staatsanleihen, die in den kommenden drei Jahren fällig werden, gegen solche mit längerer Laufzeit (und höheren Zinsen), wird ein Teil des Problems der Tilgung der Staatsschulden auf die nachfolgenden Regierungen übergewälzt.

Die internationalen Finanzorganisationen und die argentinische Regierung verbinden mit der Finanzspritze die Hoffnung, dass sich die Wahrnehmung Argentiniens auf den internationalen Finanzmärkten verbessert, d.h., dass die Risikoprämien herabgesetzt und die Kredite verbilligt werden. Dazu kann die argentinische Regierung auf günstige Kredite des IWF zurückgreifen. Nach einer Meldung des im Miami erscheinenden „Nuevo Herald“ (23.12.2000) sind die argentinischen Finanzen nach der „blindaje“ an ein Gerät zur künstlichen Beatmung angeschlossen – in der Hoffnung, dass die argentinische Wirtschaft im Jahr 2001 wieder zu Atem kommt. Im laufenden Jahr werden Tilgungen und Zinsen in Höhe von 21,5 Mrd. US-\$ fällig bei einem Haushaltsdefizit von 6,5 – 7 Mrd. US-\$. Fast 90% des Finanzpakets dient der Begleichung mittel- und langfristiger Fälligkeiten, nur 5 Mrd. US-\$ sind für Strukturreformen (u.a. im Gesundheitswesen und im sozialen Wohnungsbau) vorgesehen.

Die „blindaje“ verschafft der Regierung zunächst einmal kurzfristig Luft, mit der Hoffnung, dass sich in der Zwischenzeit die internen und externen Rahmenbedingungen verbessern. Die Neue Zürcher Zeitung (20.12.2000; <http://www.nzz.ch>) sprach von einer „Verschnaufpause für Argentinien“ und verwies darauf, dass 2001 22% des Staatshaushaltes für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen. Die argentinische Regierung setzt darauf, dass sich ein *circulo virtuoso* herausbildet: Die bessere Position Argentiniens auf den internationalen Finanzmärkten führt auch zu einer Absenkung des internen Zinsniveaus und zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft. Höhere Steuereinnahmen verringern das Haushaltsdefizit und erleichtern die Zahlung externer Verpflichtungen. Hinter der Regierungsrhetorik steckt viel Zweckoptimismus und *wishful thinking*. Die externen Rahmenbedingungen sind zumindest für 2001 günstig, ein erneutes Scheitern in der Wirtschaftspolitik würde zu einem Desaster führen. Was jedoch fehlt – darauf hatte der peronistische Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, Ende vergangenen Jahres hingewiesen –, ist eine „soziale Panzerung“, um die soziale Not mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu mildern und auf diese Weise zusätzlich die Wirtschaft anzukurbeln.

Veränderungen im Regierungsstil: zwischen Führungsschwäche und symbolischer Politik

Auch wenn der Politologe Torcuato Di Tella in einem Artikel über „die alte Rolle des Präsiden-

ten“ den Tod des „klassischen argentinischen Präsidentialismus“ verkündet und auf die neue Form einer Koalitionsregierung bzw. parlamentarischer Praktiken im Präsidentialismus hingewiesen hat (Clarín, 7.1.2001), zeigt der „alte Präsidentialismus“ in Argentinien – u.a. in Form von Gesetzgebung durch Dekrete – immer noch eine beachtliche Resistenz. Obgleich de la Rúa in der Opposition den Hyperpräsidentialismus seines Vorgängers kritisiert hatte, scheute er sich nicht, in der politischen Krise auf vergleichbare Mechanismen zurückzugreifen. Dazu gehört beispielsweise die Gesetzgebung durch Dekrete aufgrund fehlender oder undisziplinierter Mehrheiten im Parlament. So hat de la Rúa im ersten Amtsjahr immerhin 38 Notverordnungen (*decretos de necesidad y urgencia*) unterzeichnet, allerdings deutlich weniger als sein Vorgänger Menem im gleichen Zeitraum (64), nachdem beide nach fünf Monaten noch gleichauf gelegen hatten. Die kritische Berichterstattung in der Presse scheint zu einem vorsichtigeren Umgang mit diesem Gesetzgebungsinstrument geführt zu haben (La Nación, 11.12.2000). Das Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit (im Senat) und die Konflikte innerhalb der Regierungskoalition machen den Rückgriff auf das Instrument der Notverordnungen attraktiv. Er enthebt die Regierung der mühsamen Suche nach Kompromissen und positiver Mehrheiten, und lässt sie schneller auf Anforderungen externer Akteure – wie etwa des IWF – reagieren. Beim Regieren mit Notverordnungen muss die Regierung nur das Zustandekommen von negativen Mehrheiten zur Aufhebung derselben verhindern. Der Rückgriff auf Gesetzesdekrete hat auch seinen Preis: er schleift die Unterschiede im politischen Stil zur Vorgängerregierung ab, erleichtert der Opposition eine parlamentarische Obstruktionspolitik und führt zu Konflikten im Regierungslager, vor allem zwischen der UCR und dem FREPASO, da letzterer den Gesetzesdekreten eher ablehnend gegenübersteht, weil sie die Position des Präsidenten damit des anderen Koalitionspartners stärken.

In den Augen der Öffentlichkeit wurde de la Rúa nach Meinungsumfragen und in Pressekommentaren lange Zeit als entscheidungsschwach, die Regierungskoalition als konzeptionslos wahrgenommen. Zuletzt hatte Ex-Präsident Menem in einem Leitartikel im Februar 2001 ausgeführt (Clarín 12.2.2001): „Der Peronismus versteht die wahre Natur der Politik, die darin besteht, zu entscheiden, und er weiß, dass es bei jeder Entscheidung Verlierer und Gewinner geben wird. Die Allianz glaubt, regieren zu können, ohne zu

entscheiden und ohne jemanden zum Verlierer zu machen. Damit verkennt sie, dass sie auf diese Weise allen Argentinern schadet. Oder, anders ausgedrückt, der Peronismus ist daran gewöhnt, aufgrund einer klaren strategischen Konzeption zu entscheiden. Der Allianz mangelt es an jeglicher handlungsleitenden strategischen Entscheidung und sie konzentriert sich auf die Taktik und operative Entscheidungen.“ Unbeschadet des entlarvenden Einblicks in das Politikverständnis des Ex-Präsidenten, identifiziert Menem auch Schwächen der aktuellen Regierung.

Man kann die Kabinettsumbildung im Oktober vergangenen Jahres und die damit verbundene stärkere Konzentration von Entscheidungsmacht beim Präsidenten als einen Versuch werten, Entscheidungs- und Führungsstärke zu demonstrieren und die Handlungsfähigkeit der Exekutive zu erhöhen. Auch wenn die Wirtschaftspolitik seit Amtsantritt und zuletzt der „*blindaje*“ die engen Grenzen des eigenständigen Handlungsspielraums gegenüber den internationalen Finanzorganisationen dokumentiert hat. Zum neuen Politikstil – die Zeitung Clarín (10.2.2001) spricht von einer „hyperaktiven Amtsführung“ – gehören auch die Pressekonferenzen, die der Präsident neuerdings regelmäßig umgeben von seinen Ministern abhält, oder die Akte „symbolischer Politik“, bei denen der Präsident gleichfalls in Anwesenheit des gesamten Kabinetts und der Presse eine Vielzahl von Dekreten unterzeichnet. Ein Zeitungskommentar nennt dies die „Dekretshow“ mit der sich der Präsident regelmäßig selbst plagiiert (Clarín, 10.2.2001). So hat Präsident de la Rúa beispielsweise am letzten Arbeitstag des Jahres 2000 sechs Dekrete, darunter zwei Notverordnungen unterzeichnet, unter anderem die Reform der Kranken- und Rentenversicherung und einen Plan zur Infrastrukturentwicklung. Letzterer sieht Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 20,5 Mrd. US-\$ bis 2005 vor. Weitere „Dekretshows“ folgten Ende Januar und Mitte Februar. Gleichfalls im Januar (18./19.1.) hatte Präsident de la Rúa für zwei Tage das Kabinett und 120 Spitzenfunktionäre zu einer Klausurtagung zusammengerufen, auf der vor allem der ehrgeizige Plan zum Ausbau der Infrastruktur diskutiert wurde, mit dem mehr als 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Präsident de la Rúa rief seine Landsleute auf „die Freude am Leben und das Vertrauen in die Zukunft wiederzugewinnen“ und versprach: „Dieses Jahr wird es keine Anpassungspolitiken, keine Überraschung und keine nicht-vorgesehenen Veränderungen geben“ (El Nuevo Herald, 21.1.2001).

Zur Lösung der Abstimmungsprobleme in der Regierungskoalition wurde zunächst eine „Arbeitsgruppe“, später eine *mesa de diálogo* geschaffen. Diesem Gremium, das erstmals Ende Januar zusammentrat, gehören Präsident de la Rúa, der allerdings nicht regelmäßig teilnehmen wird – damit soll seine politische Autorität und Entscheidungsfreiheit gegenüber der Regierungskoalition manifestiert werden –, Ex-Präsident Alfonsín, der zurückgetretene Vizepräsident Chacho Alvarez, drei Kabinettsmitglieder – der Wirtschaftsminister (Machinea), der Innenminister (Storani) und der Kabinettschef (Colombo) – sowie der Fraktionschef der Allianz im Abgeordnetenhaus (FREPASO), der Fraktionschef der UCR im Senat und der Bürgermeister von Rosario (FREPASO) an. Die *mesa de diálogo* bildet eine Art Koalitionsausschuss im Präsidialsystem und dient nach Ansicht von Innenminister Storani und von Chacho Alvarez dem Zweck, Konflikte im Bündnis zu analysieren und auszuräumen. Zugleich wird über die *mesa de diálogo* ein institutioneller Rahmen geschaffen, um Ex-Vizepräsident Chacho Alvarez wieder aktiv in die Regierungspolitik einzubinden und sein Störfähigkeit zu verringern.

Es bleibt abzuwarten, ob die Schaffung eines weiteren Machtzentrums auf Dauer mit dem wieder ausgeprägteren präsidentialistischen Regierungsstil von de la Rúa harmoniert. Die stärkere Konzentration und Personalisierung im Amt des Präsidenten birgt außerdem die Gefahr, dass politische Misserfolge in der Zukunft direkt dem Präsidenten angelastet werden und dass Bauernopfer von Ministern dann weniger wirksam sein werden.

Stimmungsumschwung für 2001?

Seit dem Kabinettswechsel und der „*blindaje*“ betreibt die Regierung eine offensivere Pressepolitik und Öffentlichkeitsarbeit. Die spanische Tageszeitung El País spricht in ihrer Ausgabe vom 31.1.2001 von der „Operation Optimismus“. Und in der Tat haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Jahresende und die Veränderungen im Regierungsstil zum Jahresanfang 2001 zunächst einmal zu einem Stimmungsumschwung geführt. Nach Meinungsumfragen von MORI Argentinien (abgedruckt in La Nación vom 27.1.2001; <http://www.lanacion.com>) entwickelte sich der Anteil der Befragten, die der Meinung waren, Präsident de la Rúa verfüge in der Bevölkerung über ein gutes **Ansehen**, wie folgt:

Mai 1999	Februar 2000	November 2000	Dezember 2000	Januar 2001
59%	74%	26%	28%	32%

Im Vergleich zum Jahresbeginn 2000 ist zwar immer noch ein deutlicher Popularitätsverlust zu verzeichnen, das Stimmungstief vom November konnte allerdings überwunden werden. Dies gilt

auch für die **Bewertung der Amtsführung des Präsidenten**, die im Januar 2001 gleichwohl nur bei 25% der Befragten auf Zustimmung stieß und von 58% negativ bewertet wurde.

	Oktober 2000	November 2000	Dezember 2000	Januar 2001
Zustimmung	23%	17%	22%	25%
Ablehnung	63%	69%	64%	58%

Der Stimmungsumschwung dokumentiert sich auch darin, dass im Januar 2001 36% der Befragten erwarteten, dass die **Situation des Landes in 12 Monaten** besser sein werde, gegenüber nur

27% im September 2000. Damit wurde fast wieder das Niveau vom März 2000 erreicht, damals äußerten sich 38% optimistisch und nur 20% pessimistisch.

	März 2000	September 2000	Januar 2001
Optimisten	38%	27%	36%
Keine Veränderungen	---	34%	31%
Pessimisten	20%	32%	26%

Allerdings glaubten im Januar 2001 nur 17% der Befragten, dass die argentinische Wirtschaft wachse (Sept. 2000: 6%), für 57% (Sept. 2000: 41%) stagnierte sie und 24% (Sept. 2000: 51%) sahen die Wirtschaft in einer Rezession.

Im Gegensatz zur leicht verbesserten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, wird die Bilanz der Regierung bei der **Korruptionsbekämpfung** eher noch negativer als im vergangenen Jahr bewertet: 70% der Befragten waren im Januar 2001 der Meinung, die Regierung habe ihr Versprechen, für mehr Transparenz in der staatlichen Verwaltung zu sorgen, nicht eingelöst (gegenüber 58% im September 2000), und nur 19% waren der entgegengesetzten Meinung (Sept. 2000: 32%).

Wirtschaftliche Perspektiven

Im Januar 2001 kam es als Folge der IWF-Kredite zu einer deutlichen Senkung der Risikoprämien für argentinische Titel auf den internati-

onalen Finanzmärkten und einer positiven Reaktion der Börse. Im Februar konnte die argentinische Regierung Anleihen in Höhe von 3,6 Mrd. US-\$ umschulden, die bis 2004 fällig gewesen wären. Sollte es im laufenden Jahr tatsächlich zu einem leichten Aufschwung kommen, so ist dieser allerdings vor allem auf Veränderungen im internationalen Umfeld zurückzuführen. Die Zinssenkungen des US-Zentralbank verbilligen die Kredite an Argentinien und machen Schwellenländer für Anleger insgesamt wieder interessanter. Die Kurssteigerung des Euro gegenüber dem US-\$ verbessert die Absatzchancen für argentinische Produkte auf dem EU-Markt. Positiv wirken sich zudem die Steigerung bei einigen Argentinien relevanten Rohstoffpreisen aus (eine Tendenz, die sich bei abkühlender Konjunktur in der Weltwirtschaft wieder umkehren kann, und die nicht für argentinisches Rindfleisch gilt, das vom allgemeinen Rückgang des Rindfleischkonsums in Europa betroffen ist). Auch die günstigen

Wirtschaftsprognosen für Brasilien (erwartetes Wachstum von 4-5%), dem wichtigsten Absatzmarkt für argentinische Produkte, haben einen positiven Effekt. Allerdings verschlechtert die schlechende Abwertung des brasilianischen Real gegenüber dem US-\$ die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Unternehmen im Vergleich mit den brasilianischen. Durch den geringeren Exportanteil Argentiniens in die USA (ca. 11%; EU 20%; Brasilien 25%) fallen demgegenüber die Auswirkungen des nachlassenden Wirtschaftswachstums in den USA für Argentinien geringer als beispielsweise für Mexiko aus.

Die Regierung erwartet für 2001 ein Wirtschaftswachstum von 2,5%, Wirtschaftsminister Machinea kündigte bereits wieder vollmundig an, dass Argentinien aufgrund der im vergangenen Jahr eingeleiteten strukturellen Reformen und der „Panzerung“ dauerhaft zwischen vier und fünf Prozent wachsen könne. Bereits für das vierte Quartal 2001 erwartet er ein Wachstum von 5%. Mitte Dezember hatte er schon einmal ein Wachstum von über 5% für 2001 und von jeweils 5% in den beiden folgenden Jahren sowie einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um fünf Prozentpunkte im gleichen Zeitraum prognostiziert, als er einen „Vertrauensschock“ der Regierung ankündigte. Für 2003 wird, wie Machinea im Januar bekräftigte, eine Arbeitslosenquote von 10% erwartet.

Soweit für 2001 ein Wirtschaftswachstum zu erwarten ist, ist dies vor allem auf das günstige externe Umfeld zurückzuführen. Kontrovers wird darüber diskutiert, ob in den vergangenen Jahren in Argentinien bereits die internen Grundlagen für ein dauerhaftes und hohes Wachstum geschaffen wurden. So stellt sich z.B. die Frage, ob ein Land wie Argentinien, das nur eine niedrige Exportquote am BIP von 8% aufweist und in dem folglich der Binnennachfrage großes Gewicht zukommt, es sich auf Dauer leisten kann, die Kaufkraft der Bevölkerung (vor allem auch in den Mittelschichten) so massiv abzusenken, wie dies zuletzt im vergangenen Jahr geschehen ist. Zudem begünstigt die wirtschaftliche Rezession den Gewinntransfer multinationaler Unternehmen aus Argentinien, da Reinvestitionen als wenig profitabel erscheinen, worauf der argentinische Ökonom Roberto Frenkel nachdrücklich hingewiesen hat (Página 12 Suplemento Económico, 21.1.2001). Die erneute Abwertung des brasilianischen Real gegenüber dem US-\$ beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Unternehmen, nicht nur was den Absatz von Waren in Konkurrenz mit brasilianischen Pro-

dukten betrifft. Auf Dollar-Basis hat sich mittlerweile auch die Kluft zwischen den in Brasilien und Argentinien gezahlten Löhnen weiter vergrößert. Dies gilt mittlerweile auch für Positionen auf der Verwaltungs- und Führungsebene von Unternehmen. Damit dürfte die Attraktivität des Investitionsstandorts Brasilien im Vergleich mit Argentinien weiter wachsen. Zuletzt war Brasilien nach dem FDI Confidence Index der US-amerikanischen Consulting-Firma AT Kearney auf Platz drei (2000: 4) und Argentinien auf Platz 24 (2000: 19) eingestuft worden (<http://www.atkearney.com>). Insofern ist dem brasilianischen Außenminister Celso Lafer zuzustimmen, wenn er in einem Interview vom 29. Januar 2001 den festen Wechselkurs als den Knoten bezeichnet, den die Argentinier lösen müssen (<http://www.mre.gov.br>). Problematisch bleibt auch die hohe Auslandsverschuldung, die nach Schätzungen der CEPAL Ende 2000 bei 147 Mrd. US-\$ (d.h. bei ca. 50% des BIP) lag und das Land damit gegenüber negativen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten und Presionen der internationalen Finanzorganisationen äußerst verwundbar macht.

Die Zukunft der Allianz

Wird die Allianz vor dem Hintergrund der geschilderten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen überleben? Die Allianz war zunächst ein Zweckbündnis für die Wahlen, um die Peronistische Partei an der Macht abzulösen. Dies war der Hauptgrund ihrer Konstituierung, auch wenn möglicherweise beim kleineren Partner, dem FREPASO, darüber hinausgehende politisch-programmatische Vorstellungen gehegt wurden. Die Ablösung der Peronisten war der Kitt und das Hauptziel der Wahlallianz. Nach dem Wahlsieg im Oktober hat sich die Allianz zur Regierungskoalition gewandelt, die wie viele andere Koalitionen vor allem eine Zweckgemeinschaft ist, weil keiner der beiden Partner für sich allein regierungsfähig ist und seine Interessen durchsetzen kann. Die UCR kann allein gegen die Peronisten nicht gewinnen, und dem FREPASO droht auf sich allein gestellt der politische Tod, da die Gruppierung außerhalb der Hauptstadt und der Provinz Buenos Aires nur eine geringe organisatorische Verankerung aufweist.

Die Peronisten konnten nach ihren Wahlschlägen 1999 (Präsidentenwahlen) und 1998 (Parlamentwahlen) von der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bilanz der Regierung und den Konflikten im Regierungslager

profitieren. Je nach politischer Konjunktur und Nützlichkeitsabwägungen unterstützten sie unterschiedliche Flügel im Regierungslager, betrieben eine konstruktive oder konfrontative Oppositionspolitik. Ungeklärt bleibt die Führungsfrage in der Partei. Drei peronistische Gouverneure – de la Sota (Córdoba), Reutemann (Santa Fé) und vor allem Ruckauf (Provinz Buenos Aires) – verfügen über eine starke Position, und im Hintergrund lauert Ex-Präsident Menem – trotz der Ablenkung durch die Romanze mit der chilenischen Ex-Miss-World – immer noch auf die Chance einer erneuten Wiederwahl.

Die Peronisten dürften trotz zu erwartender Mandatsverluste aufgrund des veränderten Wahlmodus für den Senat, gestärkt aus den Wahlen im Oktober hervorgehen und weiterhin über eine Mehrheit im Senat verfügen. Das Ergebnis der Senatswahlen wird auch von den Listenabsprachen mit Provinzparteien in den einzelnen Wahldistrikten abhängen. Der Ausgang der parallel stattfindenden Teilwahlen zum

lel stattfindenden Teilwahlen zum Abgeordnetenhaus ist noch offen. Insgesamt sind nur geringe Verschiebungen zu erwarten. Darüber hinaus – d.h. mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2003 – sind noch keine Prognosen möglich.

Argentinische Presse im Internet:

Clarín (<http://www.clarin.com>)

La Nación (<http://www.lanacion.com>)

Página 12 (<http://www.pagina12.com>)

Frühere Brennpunkte zu Argentinien:

20–1999: Was kommt nach Menem? Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24.10.1999 (Detlef Nolte)

Autorennotiz:

Lic. Alejandra Kern, Politikwissenschaftlerin (Schwerpunkt: Internationale Beziehungen); zur Zeit Stipendiatin der KAS am Institut für Iberoamerika-Kunde in einem Projekt über die Beteiligung der Wirtschaft an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit; e-mail: kernalejandra@hotmail.com

Prof. Dr. Detlef Nolte; stellvertretender Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Privatdozent für Politische Wissenschaft und Mitglied der Gemeinsamen Kommission Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg; zu Forschungsschwerpunkten und aktuellen Veröffentlichungen siehe <http://www.rz.uni-hamburg.de/IJK>;

e-mail: detlef_nolte@public.uni-hamburg.de.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IJK) in Hamburg herausgegeben. Das IJK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IJK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IJK>

Institut für Iberoamerika-Kunde - Hamburg

Sandra Carreras

**Die Rolle der Opposition im
Demokratisierungsprozeß Argentiniens.
Der Peronismus 1983-1989**

Frankfurt/Main: Vervuert 1999, 340 Seiten, DM 56,00,
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Ham-
burg, Band 49

Thema dieses Buches ist die Frage nach der Rolle des Peronismus im demokratischen Neuanfang Argentiniens zwischen 1983 und 1989. Damit wird erstmals der Versuch unternommen, Selbstverständnis und Verhalten dieser wichtigen politischen Kraft in einer sehr konfliktiven Phase ihrer Entwicklung systematisch zu durchleuchten. Über die Analyse des Fallbeispiels hinaus leistet die Untersuchung einen wertvollen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle der Opposition in Demokratisierungsprozessen, einem bis heute kaum beachteten Aspekt der Transitions- und Konsolidierungsforschung in Lateinamerika und anderswo. Die auf einer beeindruckenden Fülle von Dokumenten und Literatur basierende, begrifflich und sprachlich präzise Arbeit verbindet rigorose empirische Forschung und theoretische Reflexion zu einer fruchtbaren Synthese. Die Autorin widerlegt manche allgemein akzeptierten Annahmen bezüglich des Peronismus und der jüngeren Entwicklung der argentinischen Politik und kommt zugleich zu relevanten Schlussfolgerungen für eine überregionale Regimewechselforschung.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de - Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IJK>

Institut für Iberoamerika-Kunde - Hamburg

Peter Thiery

Transformation in Chile: Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie, 1973-1996

Frankfurt/Main: Vervuert 2000, 349 Seiten, DM 56,00,
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Ham-
burg, Band 52

Nach dem gescheiterten „sozialistischen Experiment“ Allendes wurde Chile unter der Pinochet-Diktatur zum Vorreiter eines neoliberalen Transformationsweges, den nachfolgend auch weitere Länder Lateinamerikas wie der restlichen „Dritten Welt“ beschritten. Während Wirtschafts- und Sozialordnung einem neoliberalen Imperativ unterworfen wurden, konnte Pinochet die politische Ordnung zunächst als strikt autoritäres Regime ausgestalten, das erst 1990 mit dem Abschluss der demokratischen Transition beendet wurde. Obwohl die demokratische Ordnung noch immer „Defekte“ aufweist, scheint Chile auf den ersten Blick der gelungene Fall einer „Entwicklung durch institutionelles Design“ zu sein, zumal die neuen Institutionensysteme eine vergleichsweise hohe Stabilität aufweisen. Unter diesem Leitaspekt wird die institutionelle Dimension der ökonomischen, sozialen und politischen Transformationsprozesse in Chile nach 1973 analysiert. Wirtschafts-, Sozial- und politische Ordnung als entwicklungsrelevante Bausteine der institutionellen Grundstruktur werden dabei unter drei zentralen Fragestellungen beleuchtet: Welche Faktoren spielten für Bildung bzw. Wandel der Institutionengefüge die wesentliche Rolle? Welche Auswirkungen hatten die neuen institutionellen Arrangements auf Chiles Entwicklungsleistung? Inwieweit brachte der politische Regimewechsel 1990 einen Wandel von Institutionenpolitik und institutionellen Arrangements mit sich? Angelehnt an Konzepte der ökonomischen Institutionentheorie werden Institutionen als die grundlegenden Spielregeln in gesellschaftlichen Funktionssystemen verstanden. Sie gelten dabei als die zentralen Elemente, mit denen Gesellschaften „Entwicklung“ organisieren bzw. steuern. Besonderes Augenmerk ist deshalb auch auf den Staat als zentralen Steuerungsakteur gerichtet. Teilanalysen umfassen u.a. internationale Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsbeziehungen; universelle und fokussierte Sozialpolitiken; sowie Rechtsstaatlichkeit, Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, das Verhältnis Zivile/Militärs, Parteiensystem und Zivilgesellschaft.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de - Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IHK>